

Der geschundene Planet

Auf dem Wirtschaftsgipfel in Paris standen erstmals Umweltprobleme und die drohende Klimakatastrophe auf der Tagesordnung – Signal für ein Umdenken auch bei den Mächtigen? Wenn es gelingen soll, gegenzusteuern, müssen endlich Rüstungsmilliarden für Entwicklungsprogramme umgewidmet, Wahnideen von endlosem Wirtschaftswachstum durch weltweite Umverteilung und einen radikalen Energiesparkurs der Industrienationen ersetzt werden.

Man traf sich im vertrauten Kreis. Spezialisten aus dem amerikanischen Außenministerium, der CIA und den Stabsstellen zahlreicher anderer Behörden diskutierten in einem abgedunkelten Hörsaal der Washingtoner Georgetown University wieder einmal die Bedrohung aus dem Osten.

„Mitglieder der Führungselite Amerikas“, hieß es in der Einladung zu dem internen Treffen am 29. Juni dieses Jahres, sollten sich mit bestimmten Aspekten „der UdSSR unter der Perestroika auseinandersetzen“. Acht Stunden lang berichteten Experten führender US-Universitäten über bislang unbekannte Entwicklungen im Sowjetreich. Eifrig schrieben vor allem CIA-Beamte die beruhigenden Informationen in die Speicher ihrer mitgebrachten Klein-Computer.

Doch diesmal ging es nicht um Panzer und Raketen. Nicht die Stärke, sondern eine Schwäche der anderen Supermacht schreckte die erfahrenen Strategen des Kalten Krieges. Die „unerhörten Energieverluste in der sowjetischen Industrie“ und der dadurch verursachte Schadstoffausstoß trügen schon heute erheblich zur Gefährdung des Weltklimas bei, erklärten mehrere Referenten. Nicht auszudenken sei es, wenn der von Gorbatschow angestrebte wirtschaftliche Aufbruch dem westlichen Modell der Energieverschwendung folgen sollte. Mit ähnlich vielen Autos, Kraftwerken, Kühlschränken und Waschmaschinen könnte die Sowjet-Union die Klimakrise dramatisch verschärfen.

„Der amerikanische Lebensstandard“, warnte Professor Robert Socolow, Energie-Fachmann an der Princeton University, „darf sich keinesfalls in der ganzen Welt verbreiten.“

Am selben Tag sorgten sich auch auf der anderen Seite der Erde, im 12 000 Kilometer entfernten Nairobi, hochrangige Regierungsvertreter aus über 50 Ländern um die Zukunft des Planeten. Die Uno-Umweltorganisation Unep hatte die Delegierten in Kenias Hauptstadt gerufen, um das wohl ehrgeizigste Vorhaben in der Geschichte der internationalen Diplomatie voranzutreiben: ein globales, für alle Staaten der Welt verbindliches Vertragswerk über Maßnahmen gegen die drohenden Klimaveränderungen.

Im großen Konferenzsaal des Uno-Zentrums wahrten die Anwesenden bei den Besprechungen meist die steifen diplomatischen Umgangsformen, doch manchmal konnten die Redner ihre Betroffenheit nicht verbergen. „Wie sollen wir reagieren“, wollte der Vertreter der Karibik-Insel Antigua, Cecil Berridge, wissen, „wenn noch stärkere Orkane unsere Region heimsuchen?“ Antoine Majeed von den Malediven fragte: „Wohin sollen wir denn ziehen, wenn das Meer unsere Inseln wegspült?“

Wenige Wochen zuvor hatte die britische Premierministerin Margaret Thatcher in der Londoner Downing Street 30 Wissenschaftler von Weltrang um sich versammelt, deren Überlegungen in ihrem Weltbild bis vor kurzem gar keinen Platz fanden. Äußerst konzentriert hörte sie den Biologen, Meteorologen und Physikern sechseinhalb Stunden lang zu, ehe sie sich eine wesentliche Erkenntnis der Experten zu eigen machte: „Die industriellen Abgase haben sich bereits auf das Weltklima ausgewirkt“, erklärte die studierte Chemikerin plötzlich zur Verblüffung der anwesenden Mitglieder ihres Kabinetts, „wir müssen dringend etwas dagegen unternehmen.“

„Unsere Enkel werden uns verfluchen“, hatte zuvor schon der britische Thronfolger Prinz Charles düster prophezeit. Auch George Bush erkannte, daß „die Erde auf die Belastung reagiert“. Vollmundig versprach er im US-Wahlkampf im vorigen Jahr: „Ich werde euer erster Umweltpräsident sein.“

Sein sowjetischer Gegenspieler Michail Gorbatschow erklärte trotz anhaltender Wirtschaftskrise und Nationalitätenkonflikten „den ökologischen Zustand zum größten Problem unseres Landes“. In seiner spektakulären Rede vor der Uno-Vollversammlung in New York im vergangenen Dezember wies er ganze neun Mal auf die weltweiten Umweltgefahren hin. Gorbatschow: „Die Zeit läuft uns davon.“

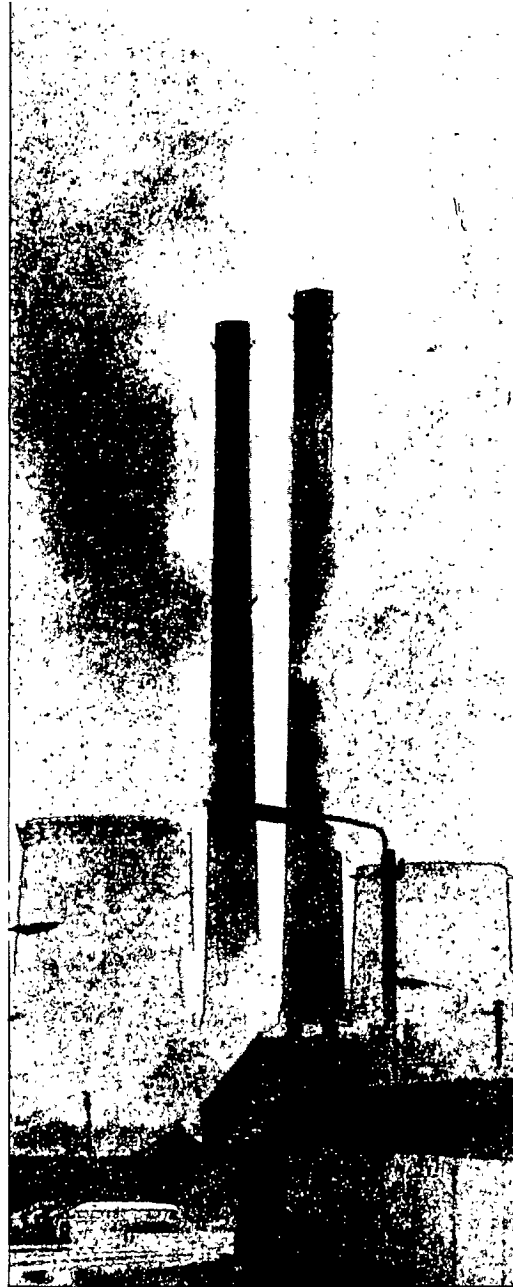
Am letzten Wochenende setzte sich Kanzler Helmut Kohl auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Paris für ein gemeinsames Vorgehen der Industriestaaten ein. Bislang hatten sich die politischen Führer des Westens bei ihren gemeinsamen Treffen lediglich mit Arbeitslosigkeit, Wirtschaftswachstum und Schuldenkrise befaßt. Doch jetzt war die globale Um-



Umweltprobleme Autoverkehr (In Tokio), weltkrise zum erstenmal zentraler Punkt auf der Tagesordnung.

Die Weltpolitik tritt in ein neues Zeitalter: Nach der sozialen Frage und den Kämpfen um die politische Vormacht erhält nun der Kampf gegen den ökologischen Kollaps des Planeten höchste Priorität. „Es ist keine Übertreibung“, meint der Physiker Michael Oppenheimer, einer der Teilnehmer des exklusiven Thatcher-Seminars, „zu behaupten, daß das globale Umweltproblem in den nächsten 40 Jahren das alles bestimmende Thema sein wird, so wie der Kalte Krieg unsere Weltsicht während der letzten 40 Jahre geprägt hat.“

Ob in Washington oder Moskau, in Brasilia oder Sydney, Bonn oder Paris – Parlamente, Regierungen und Industrie-konzerne müssen sich einer Herausforderung stellen, wie sie in der Geschichte ohne Beispiel ist. Zwar haben Wetterextreme und Klimaschwankungen auch früher schon das Schicksal der Men-



Übervölkerung (in Mali), Kohleverbrennung (DDR), Tropenwaldzerstörung (in Brasilien): „Unsere Enkel werden uns verfluchen“

schen beeinflusst – immer wieder lösten Hitze- und Kälteperioden Kriege, Hungersnöte oder Völkerwanderungen aus.

Doch stets war das Klimapendel wieder zurückgeschlagen; erlösender Regen hatte irgendwann die große Dürre beendet, auf strenge Winter waren mildere gefolgt. Der Himmel selbst, endlos und unbeeinflussbar, schien für einen Ausgleich zu sorgen.

Nun aber steht die Welt vor Klima-Umwälzungen, die vom Menschen selbst hervorgerufen wurden und die, zumindest für Generationen, nicht mehr umkehrbar sein dürften. Nach zwei Jahrhunderten Industrialisierung und Bevölkerungsexplosion gerät die Erdatmosphäre aus ihrem chemischen und physikalischen Gleichgewicht.

Billionen Tonnen Kohlendioxid (CO_2), erzeugt beim Verfeuern von Kohle, Öl, Erdgas und Holz, dazu Millionen Tonnen Methan, die bei der Erdgasgewinnung oder über Asiens Reisfeldern

aufsteigen, haben die Lufthülle des Eroplaneten in eine Hitzefalle verwandelt: Die gigantischen Gasschwaden wirken wie Treibhausfenster – sie halten einen immer größeren Teil der von der Erde reflektierten Sonnenstrahlen zurück und heizen so das Erdklima auf (siehe Graphik Seite 114).

Verstärkt wird der Treibhauseffekt durch riesige Mengen der als universelles Treib- und Lösungsmittel verwendeten Fluorchlorkohlenwasserstoffe (FCKW). Dieselben Gase zersetzen in den höheren Atmosphäre-Schichten den Ozon-Schild, der das Leben auf der Erde vor der gefährlichen UV-Strahlung schützt.

Die Folgen der fortgesetzten Gasinvasion werden, so das Ergebnis von Computer-Modellrechnungen, das Antlitz der Erde verändern: Klimazonen werden sich verschieben, Dürren und Überschwemmungen zunehmen. Durch die Erwärmung der Ozeane wird der Mee-

resspiegel weiter ansteigen. Der Lebensraum von vielen hundert Millionen Küstenbewohnern ist bedroht, wenn die fruchtbaren und dichtbesiedelten Flusslandschaften etwa der Po-Ebene in Italien, des Ganges-Deltas in Bangladesch, des Mekong in Vietnam und Kambodscha oder des Huang He in China überflutet werden.

Vorerst ist nicht absehbar, ob der Trend zum Abbau des lebensschützenden Ozonschields in der oberen Atmosphäre noch gestoppt werden kann. Jüngste Messungen belegen, daß nicht nur über der Antarktis ein Ozonloch klafft, auch über der nördlichen Hemisphäre ist die Ozonhülle fadenscheinig geworden.

Zugleich gefährden die Menschheit auch in anderen Bereichen ihre natürlichen Lebensgrundlagen: Seit 1984 sinkt trotz eingesetzter Rekordmengen an Düngemitteln, Pestiziden und Landmaschinen die Pro-Kopf-Produktion an

Getreide. Durch falsche Agrartechnik und wachsende Bevölkerungsdichte gehen riesige Anbauflächen verloren. Jahr für Jahr verliert die Welt rund 25 Milliarden Tonnen fruchtbaren Humusboden – das entspricht der Ackerkrume aller australischen Getreidefelder.

Die „Grenzen des Wachstums“, vor knapp 20 Jahren vom Club of Rome in einer aufsehenerregenden Studie vorhergesagt, sind erreicht. Spitzenpolitiker in allen Kontinenten sehen sich nun mit für sie völlig ungewohnten Fragen konfrontiert:

- ▷ Nationale und militärische Sicherheitsdoktrinen müssen radikal geändert werden: Was nützt etwa den Vereinigten Staaten die gewaltige Atom-Streitmacht und ein aberwitzig teures Verteidigungssystem im All, wenn die Agrarproduktion im eigenen Land drastisch zurückgeht und die Bevölkerung irgendwann nicht mehr ausreichend ernährt werden kann?
- ▷ Aus den von Klimaextremen besonders betroffenen Weltregionen wird sich eine neue Völkerwanderung in Bewegung setzen: Millionen Umweltflüchtlinge werden sich auf die Suche nach einer neuen Heimat machen. Wer wird sie aufnehmen, wer wird sie abweisen, werden sie sich abweisen lassen?
- ▷ Fruchtbare Land und ausreichende, saubere Wasserreserven werden immer kostbarer. Wird es beim Streit um die letzten Ressourcen zu Umweltkriegen kommen?
- ▷ Um den globalen Klimaschock wenigstens abzuschwächen, werden vor allem in den Industrieländern schärfste Eingriffe in die energieintensiven

Bereiche der Volkswirtschaften unvermeidlich. Sind die Widerstände der Industrie und der Bevölkerung mit demokratischen Mitteln zu überwinden, oder etablieren sich womöglich Öko-Diktaturen?

- ▷ Weder die Ostblockstaaten noch die Dritte Welt sind ohne westliche Hilfe handlungsfähig; nur mit ganz neuen Formen der internationalen Zusammenarbeit ließe sich daher die Zunahme der Klimagifte dauerhaft begrenzen. Werden die Industrieländer einsehen, daß in ihrem eigenen Interesse kostenlose Kapital- und Technologie-Transfers in großem Stil notwendig sind? Werden dafür taugliche Institutionen und Mechanismen rechtzeitig geschaffen?

Deutliche Signale für die kommende Klimakatastrophe gibt es schon in Fülle: Seit der Jahrhundertwende stieg die weltweite Durchschnittstemperatur um 0,5 Grad Celsius, nicht viel, wie es scheint; doch schon eine weitere Steigerung um ein Grad gefährdet etwa das Überleben der Wälder Europas, der Sowjet-Union und Nordamerikas.

Das Jahr 1988 brach alle Wärmerekorde auf den Meßskalen der Klimatologen und verdrängte 1987 auf Platz zwei. Auf den dahinterliegenden Rängen folgen 1983, 1981, 1980 und 1986 – alles Werte aus diesem Jahrzehnt.

Seit dem letzten Sommer spielt das Wetter verrückt wie seit Menschengedenken nicht. New York erlebte erstmals 40 Tage hintereinander Temperaturen über 31 Grad Celsius, Los Angeles stöhnte noch im Spätherbst unter Rekord-Temperaturen, ehe im Februar eine völlig ungewöhnliche Kältewelle Kalifornien heimsuchte.

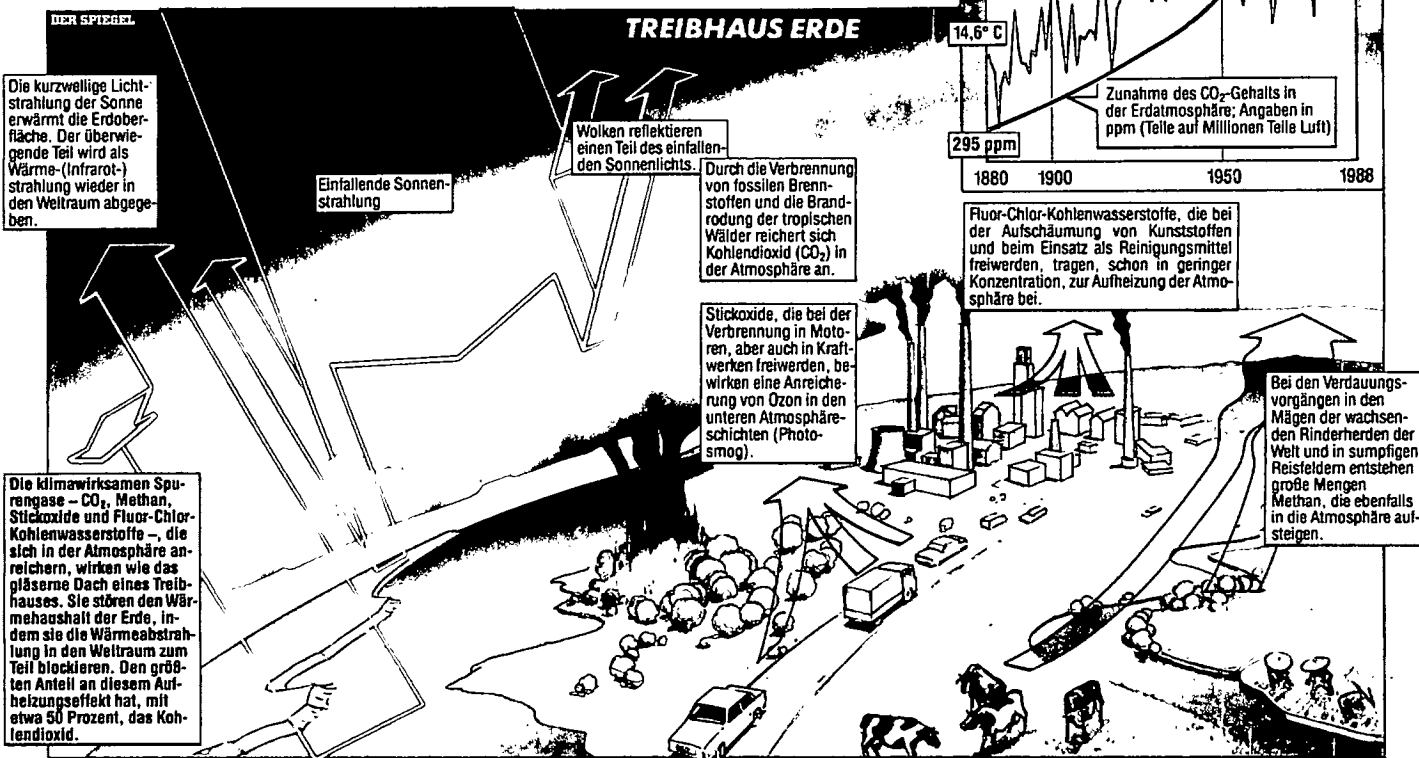
Die seit sieben Jahren anhaltende Dürre im Mittleren Westen Nordamerikas verringerte die Getreideernte im Vorjahr um fast ein Drittel. Waldbrände, begünstigt durch die beständige Trockenheit, fraßen sich durch weite Teile des berühmten Yellowstone-Nationalparks.

Der gewaltigste je gemessene Hurrikan fegte im September über die Karibik und machte allein in Jamaika 500 000 Menschen obdachlos. Einen Monat später verwüstete ein weiterer Orkan die Stadt Bluefields in Nicaragua.

Kurz zuvor brach in der Antarktis der bisher größte Eisberg vom Schelf. Seither gilt das 160 Kilometer lange Eismonstrum als warnender Vorbote der globalen Erwärmung, die Teile des Polareises abschmelzen könnte.

Extreme Wetterbedingungen erlebten im vergangenen Winter auch Mittel- und Südeuropa. Mehr als anderthalb Monate lang war die subtropische Hochdruckzone bis weit in unsere Breiten verschoben, wie es sonst nur im Sommer vorkommt. In vielen Mittelmeerländern blieb der dringend benötigte Winterregen aus, im unteren Tessin fiel elf Wochen lang kein Niederschlag – die längste je registrierte Trockenperiode.

Der mildeste Winter seit Beginn der Wetteraufzeichnungen im Jahr 1821





Gorbatschow bei UN-Rede, Umweltpolitiker Tolba, Gesprächspartnerin Thatcher*: „Die Zeit läuft uns davon“

brachte den Norddeutschen erhebliche Einsparungen bei den Heizkosten ein. Und in den vergangenen Wochen konnten sie sich an Nord- und Ostsee sonnen wie sonst nur am Mittelmeer.

Inzwischen bekennen sich immer mehr Experten zu der Überzeugung, daß es sich bei den jüngsten Wetter-Kapriolen um Vorboten des befürchteten Klimaschocks handelt. „Wir sollten endlich aufhören, um die Sache herumzureden“, sagte James Hansen, Direktor des Goddard Institute der Nasa, während einer Anhörung im US-Senat, „es ist äußerst wahrscheinlich, daß der Treibhauseffekt jetzt schon wirksam ist.“

Das schließe, so Hansen, selbstverständlich nicht aus, daß auch in Zukunft Sommer regnerisch und Winter kalt sein können, nur werde das eher die Ausnahme sein. Das Jahresklima gleiche einem Würfelspiel. Früher habe der Wetterwürfel aus zwei warmen, zwei kühlen und zwei „normalen“ Flächen bestanden, im statistischen Durchschnitt ergab sich beim Wetter-Spiel ein ausgewogenes Klima. „Jetzt aber hat der Würfel vier warme, eine kalte und eine normale Seite“, meint Hansen, „schon in den neunziger Jahren wird auch der einfache Mann auf der Straße die zunehmende Erwärmung bemerken.“ Spätestens dann „wird das Wetterklima das politische Klima bestimmen“, glaubt Nicolas Sundt, Klimaberater des US-Kongresses.

Um möglichst genaue Langzeit-Prognosen über den Klimawandel erstellen zu können, arbeiten derzeit Wissenschaftler in aller Welt an aufwendigen Computer-Modellrechnungen, die auf Milliarden einzelner Wetterdaten basieren. Schon bis zum Jahr 2030, so die Forschungsergebnisse, könnte die mittlere Temperatur der Erdatmosphäre um fünf, im günstigsten Fall um 1,4 Grad Celsius ansteigen (siehe Graphik Seite 116).

Detailgenaue Vorhersagen sind bislang noch nicht möglich. Vermehrte Wolkenbildung zum Beispiel könnte die Erwärmung eine gewisse Zeit hinauszögern, das Auftauen der Tundra in Alaska und in Sibirien hingegen könnte den Prozeß jäh beschleunigen, da im Permafrost jetzt noch Millionen Tonnen Methan und Kohlendioxid gebunden sind.

In jedem Fall bleibt aber nicht mehr viel Zeit, den Ausstoß an Treibhausgasen drastisch zu senken. „Die entscheidenden Kämpfe um die Umwelt werden in den neunziger Jahren gewonnen oder verloren“, sagt der Biologe Thomas Lovejoy von der Smithsonian Institution in Washington, „im nächsten Jahrhundert wird es bereits zu spät sein.“

Solche Perspektiven sind es, die Politiker und zukunftsorientierte Manager in Alarmstimmung versetzen. Derzeit vergeht kaum eine Woche, ohne daß einzelne Regierungen oder die Uno mit ihren vielen Unterorganisationen internationale Umweltkonferenzen einberufen. In fast allen Industriestaaten wurde die Klimafrage zur Chefsache.

George Bush möchte – so wie es ihm seine Amtskollegen Margaret Thatcher im April und François Mitterrand im Juni bereits vorgemacht haben – im Herbst einen „global warming workshop“ mit Wissenschaftlern abhalten. Das nächste Treffen der Großen Sieben will Bush sogar, dann als Gastgeber, zu einem reinen Umwelt-Gipfel machen – gerade noch rechtzeitig vor den nächsten Wahlen zum US-Kongreß.

Verrückte Welt: „Man könnte meinen“, amüsiert sich Andrew Kerr von Greenpeace International in Amster-

dam, „die westlichen Staatschefs konkurrieren darum, wer denn der Welt größter Umweltschützer sei.“

Der kuriose Wettstreit scheint die Phantasie der Politiker anzuregen. So erklärte der französische Premier Michel Rocard Anfang des Jahres seinen verätzten Amtskollegen in den Niederlanden und Norwegen am Telefon, seine Regierung sei bereit, zugunsten einer Welt-Umweltbehörde (Taufname „Globe“) auf wichtige Souveränitätsrechte zu verzichten.

Globe solle sogar Sanktionen gegen Länder verhängen können, die einmal beschlossene Maßnahmen zur Klimasanierung mißachten. Die Entscheidungen des Internationalen Gerichtshofs in Den Haag müßten in Umweltbelangen bindend sein. So wie heute die Blauhelme der Uno Krisengebiete überwachen, schwärmte Rocard, „wird es eines Tages Grünhelme geben, die umweltverschmutzende Anlagen kontrollieren“.

Rocards Gesprächspartner, engagierte Umweltpolitiker, stimmten freudig zu. Eilig und ohne Beteiligung der schwerfälligen Regierungsapparate holten sie Präsidenten, Kanzler und Premierminister aus 24 Ländern im März nach Den Haag, wo die Rocard-Vorschläge – wenn auch in abgeschwächter Form und ohne Beteiligung der Supermächte – in einer gemeinsamen „Deklaration“ unterstützt wurden.

Visionen beflügeln auch Bernd Schmidbauer, Vorsitzender der Enquete-Kommission „Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre“ und seit kurzem enger Vertrauter des Bundeskanzlers. „Wir brauchen“, fordert der CDU-Abgeordnete, „analog zum Welt-sicherheitsrat einen Uno-Umweltrat, den auch die Supermächte nicht mit einem Veto blockieren können.“ Österreichs Bundeskanzler Franz Vranitzky könnte sich sogar „eine weltweite Um-

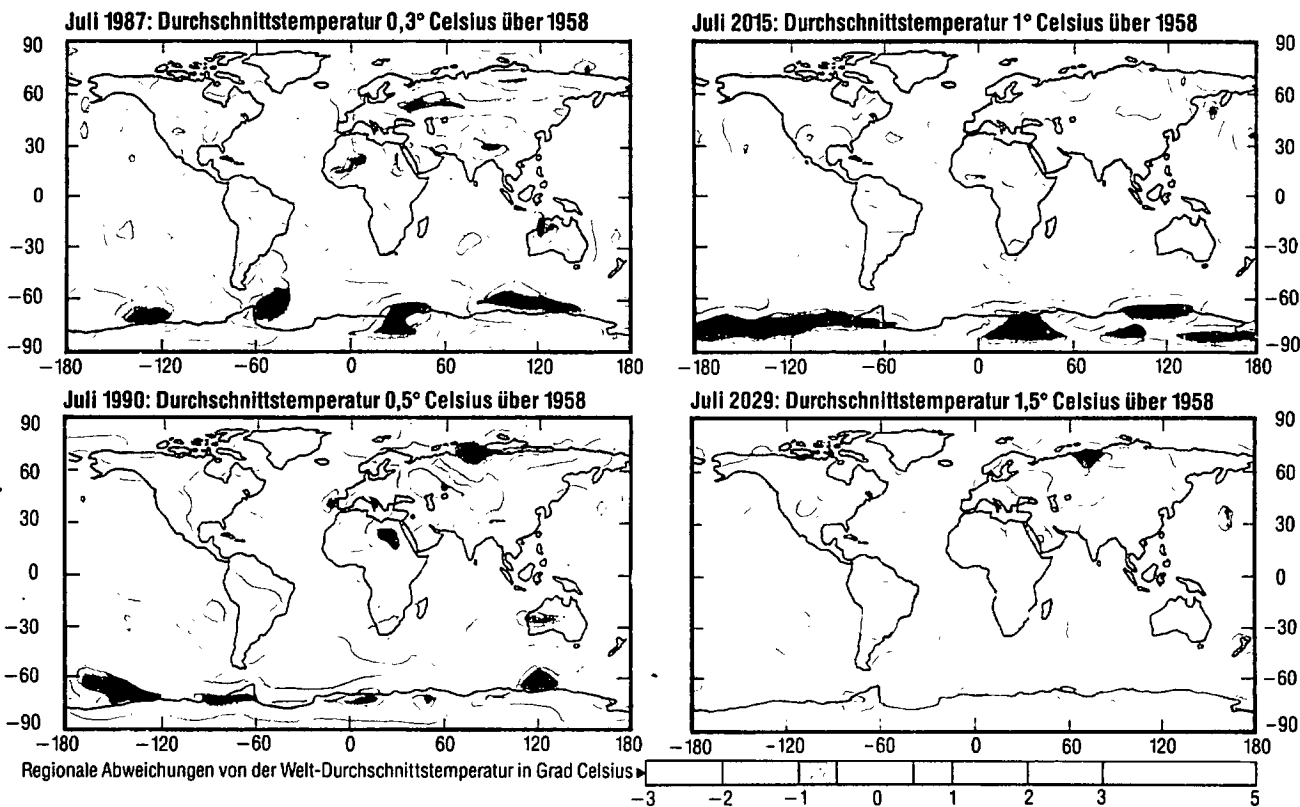
* Links: im Dezember 1988 in New York; rechts: während der Ozonkonferenz in London mit dem britischen Umweltminister Nicholas Ridley (M.).

GESTÖRTES GLEICHGEWICHT IN DER HÜLLE DES PLANETEN

Die Entwicklung der Durchschnittstemperaturen in den nächsten 40 Jahren

In ihren dreidimensionalen Klimamodellen haben Nasa-Wissenschaftler am Goddard Institute for Space Studies die Entwicklung der Durchschnittstemperaturen für die nächsten vier Jahrzehnte hochgerechnet. Das hier gezeigte Modell beruht auf der von fast allen Klimaforschern geteilten Annahme, daß sich die Durchschnittstemperatur der Lufthülle des Planeten gegenüber dem als Ausgangspunkt

gewählten Jahr 1958 bis zum Jahr 2029 um 1,5 Grad Celsius erhöht. Die Erwärmung wirkt sich nicht auf alle Regionen gleichmäßig aus. In einzelnen Bereichen wird auch dann die Jahresdurchschnittstemperatur um bis zu 3 Grad unter dem Wert von 1958 liegen. Viele Klimaforscher halten es allerdings für möglich, daß Rückkoppelungsprozesse den weltweiten Anstieg der Temperatur noch beschleunigen.



weltcharta“ vorstellen, die „möglichst alle Staaten dieser Erde“ zu ökologisch bewußtem Handeln verpflichtet.

Selbst die sowjetische Führungsspitze schlug kürzlich vor, eine weltweit operierende „Umwelt-Eingreiftruppe“ unter dem Zeichen eines „Grünen Kreuzes“ aufzustellen und im Weltraum ein „Uno-Umweltlabor“ zur Kontrolle der Ökosphäre einzurichten.

Doch so bestechend all diese Denkmödele auch sein mögen, sie offenbaren in Wahrheit nur die Hilflosigkeit der Politiker vor den heraufziehenden Gefahren. Zwar läßt sich das Klimachaos sicher nicht ohne internationale Kooperation wirksam bekämpfen; doch kein internationales Gremium mit weitreichenden Vollmachten kann den Regierungen die Verantwortung abnehmen, die notwendigen Maßnahmen im eigenen Land durchzusetzen und jetzt schon aktiv zu werden.

„Die Kluft zwischen Worten und Taten“, so kritisiert Unep-Chef Mostafa Tolba die Geldgeber seiner Organisation, „ist riesengroß. Die Führer der Welt sind noch kaum bereit, sich mit den Wurzeln der Umweltzerstörung zu befassen.“

Wo die liegen, ist längst offensichtlich. Durch ihre enorme Energieverschwendung verursachen die Industrieländer



Nasa-Forscher Hansen: Neue Würfel im Klimaspiel

fast drei Viertel aller Emissionen von Kohlendioxid, dem wichtigsten Treibhausgas. Allein die Vereinigten Staaten und die Sowjet-Union, in denen zusammen nur zehn Prozent der Weltbevölkerung leben, produzieren jeweils etwa 20 Prozent des gesamten CO₂-Ausstoßes. Während bei der östlichen Supermacht

die Ineffizienz der veralteten Produktionsanlagen zu Buche schlägt, treibt in den USA der private Konsum die CO₂-Werte nach oben. Pro Kopf verbrauchen die US-Amerikaner 33mal mehr Energie als die Bewohner Indiens.

An der Verseuchung der Atmosphäre mit FCKW (Anteil am Treibhauseffekt

derzeit: 25 Prozent) tragen die reichen Länder fast die Alleinschuld. Auf die Dritte Welt entfallen bislang lediglich zwei Prozent des Weltverbrauchs.

Insgesamt gehen vier Fünftel aller Treibhausgase auf das Konto der entwickelten Länder. Daneben wirkt der gegenwärtig so viel diskutierte Beitrag der Regenwaldzerstörung zum Klimaschokk eher bescheiden – zehn Prozent.

Um den globalen Temperaturanstieg auf maximal zwei Grad zu begrenzen, so das übereinstimmende Ergebnis zahlreicher Modellrechnungen, müßte nicht nur die FCKW-Produktion endgültig gestoppt, sondern auch der weltweite CO₂-Ausstoß in bloß 20 Jahren um die Hälfte reduziert werden. Wenn den Dritte-Welt-Staaten wenigstens ein gewisser Raum zur wirtschaftlichen Entwicklung bleiben soll, müssen die Industrieländer sogar überproportional zurückstecken.

Dieses Ziel zu erreichen gilt keineswegs als unmöglich. So präsentierte die amerikanische Umweltbehörde EPA vor wenigen Wochen einen 1200 Seiten starken Untersuchungsbericht mit detaillierten Konzepten, wie sich die Industriegesellschaften aus ihrer Abhängigkeit von Kohle, Öl und Erdgas Schritt für Schritt befreien könnten.

Mit bereits verfügbaren Techniken ließe sich etwa der Treibstoffverbrauch der Automobile auf weniger als drei Liter pro 100 Kilometer drücken; enorme Verbesserungen wären auch bei Dieselfahrzeugen und Flugzeugen erreichbar. Durch Isolation, moderne Leuchtstofflampen und effiziente Heiz- und Kühltechniken könnte der Energieaufwand in Amerikas Büros und Wohnhäusern um 70 Prozent gesenkt werden.

Mindestens ebenso groß ist das Einspar-Potential in der Industrie: Schwedische Stahlfirmen benötigen nur noch halb soviel Energie wie ihre amerikanischen Konkurrenten. Der US-Multi General Electric entwickelte eine Gasturbine, die aus der gleichen Erdgasmenge 40 Prozent mehr Strom herstellen kann als herkömmliche Kraftwerke.

Einen Fahrplan zur CO₂-Minderung erarbeitete der Münsteraner Professor Wilfrid Bach für die Klima-Enquete des Bundestages (SPIEGEL 45/1988). „Bis zum Jahr 2000“, so Bach, „kann die Bundesrepublik ihren Kohlendioxid-Ausstoß um die Hälfte drosseln.“

Den langfristig größten Beitrag zum Klimaschutz könnte der Umstieg auf nichtfossile Energietechniken wie Solarzellen- und Windkraftwerke, Biogasgewinnung und die Nutzung der Erdwärme leisten.

Mit dem Argument, die Kernenergie setze ebenfalls kein CO₂ frei, starteten auch die Hersteller von Atomkraftwerken unlängst eine weltweite Werbekampagne. Doch einer strahlenden Zukunft sehen sie trotzdem nicht entgegen.

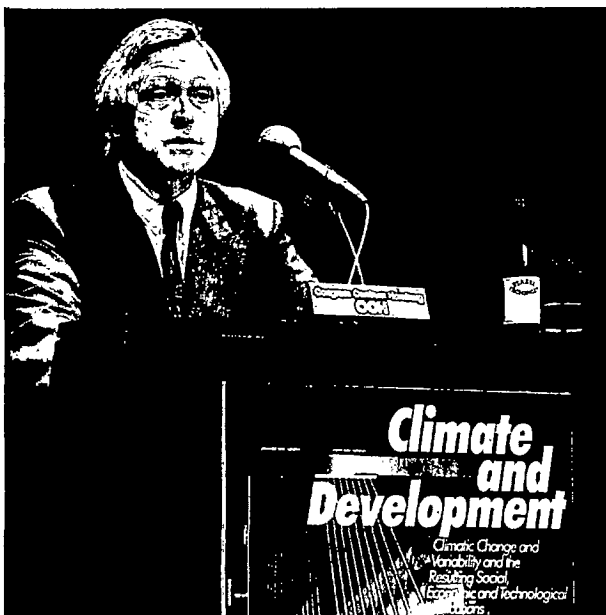
Denn wollte man bei den gegenwärtigen Entwicklungstrends den Weltverbrauch an fossilen Brennstoffen bis zum Jahr 2025 mit Kernkraft auch nur um ein Drittel senken, müßte ab sofort alle drei

Tage ein neuer 1000-Megawatt-Atommeiler ans Netz gehen. Das dafür nötige Kapital von über 100 Milliarden Dollar pro Jahr, urteilt Bach, könnte den fünf- bis siebenfachen Effekt haben, wenn es in bessere Energietechniken investiert würde.

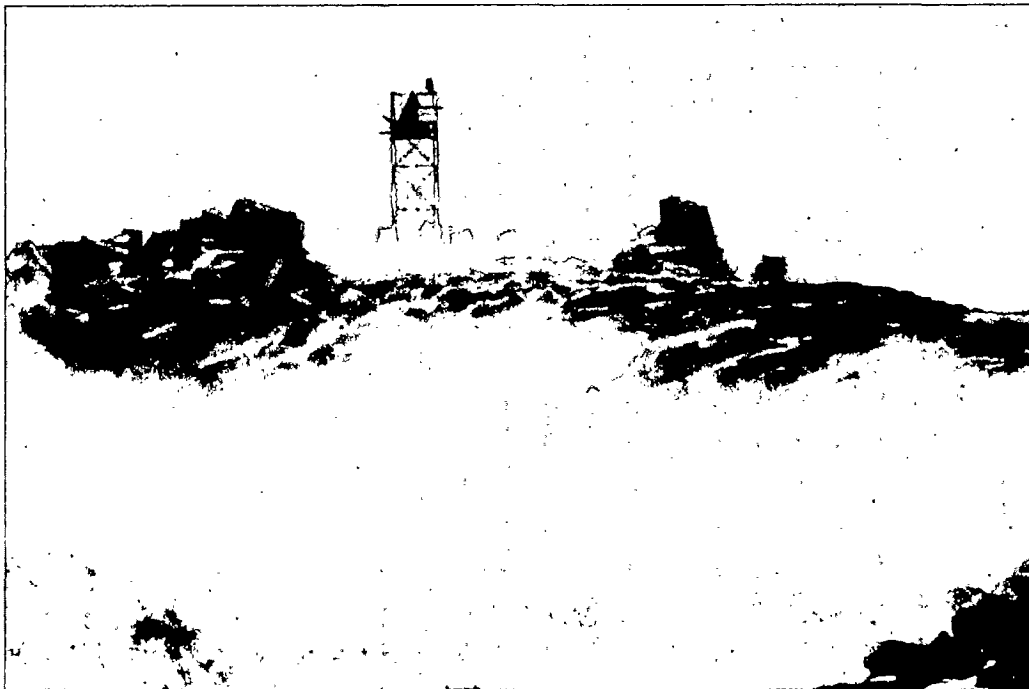
Überdies fesselt die Megatechnik Atomenergie die Stromversorgung an Großanlagen, die riesige Mengen Abwärme ungenutzt entweichen lassen. Die an abgelegene Standorte gebundene Atomtechnik blockiert die längst überfällige Umstellung auf weit effizientere Kleinkraftwerke, die zugleich Strom und Heizwärme liefern und damit die Atmosphäre wirksam entlasten könnten.

Völlig ungewiß bleibt allerdings, ob sich die Klimakrise allein mit technischen Maßnahmen meistern läßt. Eine radikale CO₂-Reduktion „würde das amerikanische Lebensgefühl fundamental verändern“, glaubt Sandra Postel vom unabhängigen Washingtoner Worldwatch Institute, das mit seinem jährlichen Report zum „Zustand der Welt“ inzwischen zur weltweit meistzitierten Forschungseinrichtung wurde. „Der Traum vom Häuschen im Grünen mit Doppelgarage hat keine Zukunft“, so Postel. „In jedem Fall“, sagt Postel-Kollege Christopher Flavin, „müssen wir sofort mit Veränderungen beginnen.“

Doch so weit geht das neue planetare Bewußtsein in den politischen Führungsgremien noch lange nicht. Beim Treffen in Paris versuchten die Regierungschefs der Industriestaaten ganz offensichtlich, die Verantwortung für die globale Öko-Krise auf die Entwicklungsländer abzuschieben: Lieber debattierten sie über die Zerstörung der



Kanzler-Berater Schmidbauer*: UN-Umweltrat gefordert



Hurrikan in der Karibik: Signale der kommenden Katastrophe

* Bei einer Klimakonferenz in Hamburg 1988.

„Es ist bereits zu spät“

Interview mit Dennis Meadows über die Gefährdung des Planeten

SPIEGEL: Als Sie 1972 die Studie „Grenzen des Wachstums“, eine Auftragsarbeit des „Club of Rome“, veröffentlichten, sorgte das zwar für Aufsehen, wurde aber nur von wenigen ernst genommen. Jetzt reden manche Regierungschefs so, als ob sie bei Ihnen abgeschrieben hätten. Stimmt Sie das nicht optimistisch?

MEADOWS: In gewisser Weise ja. In der Frage des drohenden Klimawandels arbeiten Regierungen erstmals zusammen, um ein zukünftiges Umweltproblem zu vermeiden. Normalerweise werden sie erst aktiv,



Warner Meadows
„Als Gattung überleben“

wenn der tatsächliche Schaden bereits so groß ist, daß er nicht mehr ignoriert werden kann. Aber grundsätzlich bin ich nicht optimistisch, denn auch in den laufenden Diskussionen bemüht man sich nicht um grundlegende Veränderungen, um die Wachstumsdynamik in unserer endlichen Welt zu begrenzen.

SPIEGEL: Wieviel Zeit bleibt denn Ihrer Meinung noch, das Steuer her-umzureißen?

MEADOWS: Jetzt ist es bereits zu spät. Die Umweltbedingungen haben sich schon so verschlechtert, daß wir bald nicht einmal die gegenwärtige Weltbevölkerung ernähren und unseren angenehmen Lebensstandard erhalten können.

SPIEGEL: Was aber, wenn sich die grünen Lippenbekenntnisse der Politiker nun sehr rasch in konkretes Handeln verwandeln sollten?

MEADOWS: Unser Gesellschaftssystem verfügt über eine Dynamik,

die sich nicht so einfach stoppen läßt. Die Welt rast wie ein Auto auf einen Wald zu. Auch wenn wir jetzt sofort versuchten, stehenzubleiben, wäre der Bremsweg zu lang. Ein Aufprall läßt sich nicht mehr vermeiden.

SPIEGEL: Auf welchen Baum werden wir denn knallen?

MEADOWS: Die Fahrgeschwindigkeit des Autos ist entscheidend, nicht die Frage, welcher Baum es denn sein wird. Solange wir weiter auf das Gaspedal treten, könnte es das Ozonloch, die Bodenerosion oder das Verseuchen der Trinkwasserreserven sein, und wenn es gelingen sollte, mit Hilfe modernster Technologien eines dieser Probleme zu vermeiden, wird uns ein anderes einholen.

SPIEGEL: Wäre das dann das Ende der Menschheit?

MEADOWS: Als Gattung werden wir wohl überleben, aber nicht die ressourcen-intensive Zivilisation, wie wir sie heute kennen.

SPIEGEL: Halten Sie in der Zukunft Umweltkriege für unvermeidlich?

MEADOWS: Übervölkerung, die zwangsläufig zu Armut und Spannungen führt, verschärft schon heute viele Konfliktherde in der Welt.

SPIEGEL: Haben Sie manchmal Lust, noch einmal ein großes, aufrüttelndes Buch zu schreiben?

MEADOWS: Ich habe mich lange genug als globaler Evangelist versucht und dabei gelernt, daß ich die Welt nicht verändern kann. Außerdem verhält sich die Menschheit wie ein Selbstmörder, und es hat keinen Sinn mehr, mit einem Selbstmörder zu argumentieren, wenn er bereits aus dem Fenster gesprungen ist.

SPIEGEL: Haben Sie völlig resigniert?

MEADOWS: Keineswegs. Ich habe nur die Grenzen sehr eingeschränkt, innerhalb derer ich mich verantwortlich fühle. Aber im kleinen Bereich gibt es sehr viele sinnvolle Dinge zu tun: Ich lehre an einer Universität und entwickle Computerspiele, die Studenten vielleicht wichtige Einblicke vermitteln können.

SPIEGEL: Welche?

MEADOWS: Wie sich die Entscheidungsträger in den verschiedensten Ländern verhalten müßten, damit die Bevölkerungszahlen nicht weiter ansteigen und die Umwelt nicht auf Kosten kommender Generationen ausgebeutet wird.

Regenwälder als über die rauchenden Schlote daheim.

Denn trotz aller grünen Gipfel-Rhetorik schrecken sie vor den Widerständen und möglichen wirtschaftlichen Folgen in ihren Ländern zurück. Zwar zeigen Meinungsumfragen und Wahlergebnisse in West und Ost, daß Umweltschutz den Bürgern immer wichtiger wird, doch überall stemmen sich Lobbyisten aus den Ölkonzernen, der Automobilbranche und der Elektrizitätswirtschaft gegen die Umgestaltung.

So wehrt sich zum Beispiel der britische Energieminister Cecil Parkinson im Rahmen der geplanten Privatisierung des staatlichen Stromkonzerns CEEB vehement gegen einen auch von konservativen Abgeordneten unterstützten Gesetzespassus, der in Zukunft den Stromfirmen vorschreiben würde, Energiespartechiken zu fördern und den Kunden anzubieten. Nach den jetzigen CEEB-Wachstumsplänen wird der britische CO₂-Ausstoß bis zum Jahr 2005 sogar noch um 25 Prozent zunehmen.

Nicht anders die Bundesregierung. Sie strich die nach der Ölkrise 1973 beschlossenen Energiesparprogramme in den letzten Jahren rigoros zusammen. Statt den Automobil- und Elektrogeräteherstellern konkrete Sparrichtlinien aufzuerlegen, gab sich Wirtschaftsminister Helmut Haussmann vor der Enquete-Kommission damit zufrieden, die Industrie in Gesprächen zu „Selbstverpflichtungen“ zu ermahnen.

Aber die großen Konzerne der Energie- und Automobilwirtschaft sehen noch keinen Grund zum Handeln. Für Umstellungsmaßnahmen, sei es „noch



Autokarawane in Los Angeles: Ausstieg aus

viel zu früh“, sagte ein Sprecher von Shell International vorige Woche in London, zuerst müßten Ursache und Wirkung des Treibhauseffekts ganz genau untersucht werden. Für die Einführung eines spritsparenden Öko-Mobils, beschied der VW-Konzern Mitglieder der Klima-Enquete des Bundestages, gebe es keinen Markt.

Allenthalben dominiert noch immer die Furcht, die eigene Wirtschaft könnte Wettbewerbskraft verlieren und Weltmarktanteile einbüßen. „Wir sollten nicht in Panik Dinge tun“, ängstigt sich das britische Energieministerium, „welche die Leistungsfähigkeit unserer Industrienation beeinträchtigen.“

Den Weg aus dem Dilemma, so lautet die neueste Devise in den Machtzentren, soll eine weltweit verbindliche Konvention zum Schutz des Klimas weisen. In einem solchen Weltvertrag könnten dereinst jedem Land gemäß seinen wirtschaftlichen Möglichkeiten Jahresquoten und Reduktionsziele für die verschiedenen Treibhausgase zugewiesen werden.

An den Grundlagen für den angestrebten Mammutvertrag arbeitet, bislang von der Weltöffentlichkeit noch kaum bemerkt, das Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC), ein internationales Gremium, dem mittlerweile über 50 Staaten angehören, darun-



Umweltflüchtlinge in Äthiopien*: Vorbote einer neuen Völkerwanderung

ter alle großen Industrienationen und die wichtigsten Drittwelt-Länder. Mehr als 1000 Wissenschaftler und Regierungsexperten bemühen sich gegenwärtig mit überraschender Bestimmtheit um einen Konsens über die wissenschaftliche Datenbasis und sinnvolle technisch-wirtschaftliche Antworten auf den Klimawandel. Der Abschlußbericht soll im Herbst kommenden Jahres in allen Welt Sprachen vorliegen, ein erstes Klima-Rahmenabkommen könnte dann 1992 unterschriftsreif sein.

Doch bei der jüngsten IPCC-Plenarsitzung Ende Juni in Nairobi wurde deutlich, daß die einzelnen Delegationen sich wie bei Abrüstungsverhandlungen strategische Vorteile im vermeintlichen nationalen Interesse zu sichern versuchen.

So wollten die US-Vertreter, angeführt von William Nitze, Sohn des einstigen Chefunterhändlers bei den Genfer Rüstungskontroll-Gesprächen, Paul Nitze, eine weitere 50prozentige Steigerung der Konzentration von Treibhausgasen in der Atmosphäre in Kauf nehmen.

Gemeinsam mit den Amerikanern verlangten die Japaner, man dürfe keine Maßnahmen anpeilen, die „das Wachstum des Bruttosozialprodukts unter ein akzeptables Niveau drücken würden“.

Erst mit massivem Druck konnten die Bundesdeutschen, unterstützt von Dänen, Norwegern und Schweden, wenigstens die Ausarbeitung eines zusätzlichen Handlungsszenarios durchsetzen, in dem nur der heute schon absehbare Temperaturanstieg von etwa zwei Grad als unabwendbar angenommen wird.

Die Sowjets wiederum, die sich den Vorsitz in der für sie wichtigen Arbeits-

gruppe über die wahrscheinlichen Auswirkungen des Klimawandels gesichert haben, warten noch ab. Man müsse, so Delegationsleiter Sergej Chodkin, „erst sehr genau analysieren, zu welchen Konsequenzen die Erwärmung in den einzelnen Weltregionen tatsächlich führen wird“.

Hinter diesem Zögern verbirgt sich die Vermutung mancher Wissenschaftler in Moskau, die Sowjet-Union könne vom Ende des Dauerfrosts in weiten Teilen des Landes profitieren. Doch einen solchen wohlthätigen Treibhauseffekt halten die meisten Klimatologen für ausgeschlossen. Denn selbst wenn Sibirien auftaute, würde die zu erwartende Verschiebung der Niederschlagszonen dafür in den bisher fruchtbaren Sowjetrepubliken schwere Schäden anrichten.

„Es wäre fatal“, warnt der IPCC-Verhandlungsleiter, der Schwede Bert Bolin, „wenn sich die Meinung durchsetzte, beim Klimawandel gäbe es Gewinner und Verlierer.“

Verlieren werden alle – wenn auch nicht alle gleich viel. Die USA, im ökonomischen Wettkampf mit Japan und der EG ohnehin angeschlagen, müßten nun erst recht um ihre Vormachtstellung bangen. Kein anderes Land der Welt „wurde so um das Automobil herum gebaut“, bedauert Rafe Pomerance vom Washingtoner World Resources Institute „die Umrüstung wird uns deshalb noch mehr kosten als unsere Konkurrenten“. Zunehmende Dürren bedrohen zudem den letzten großen Aktivposten der US-Handelsbilanz, den Agrexport. Die Tage der amerikanischen Agropower sind gezählt.

Besonders verwundbar ist der ehemalige Weltpolizist auch durch die Ausdehnung der Ozeane. 75 Prozent der US-Be-



der Autogesellschaft?

* Während der Dürre des Jahres 1985.

völkerung leben an den Küsten. Allein die Städte der Ostküste vor einem Anstieg des Meeresspiegels um 90 Zentimeter zu schützen, würde bis zu 100 Milliarden Dollar kosten.

Mag der Klimawandel den reichen Industrieländern einen wirtschaftlichen Umbruch aufzwingen, so bedroht er manche Nationen der Dritten Welt in ihrer Existenz. Wenn nach einem Dürrejahr die Nahrungsmittelpreise auf dem Weltmarkt nach oben schießen, werden viele importabhängige Staaten kaum die nötigen Kapitalreserven besitzen, um Hungerrevolten im eigenen Land abzuwenden.

Aber auch große Flächenstaaten wie Indien und China, die derzeit durchaus noch ihre Bevölkerung ernähren können, sind durch das weiträumige Abholzen ihrer Wälder in den vergangenen Jahrzehnten besonders anfällig für Klimaschwankungen geworden. Schon eine geringe Abnahme der Niederschläge wird sie an den Rand einer Katastrophe bringen.

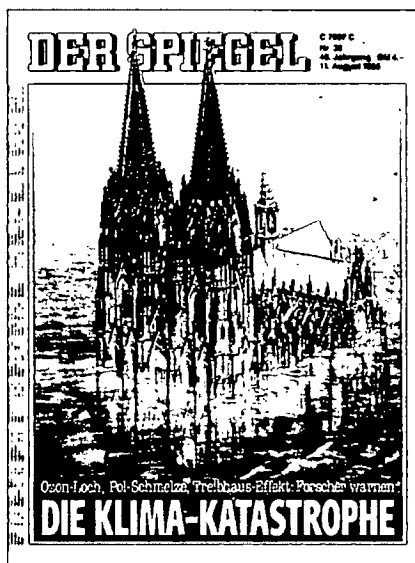
Solche Krisen, warnt der Umweltjurist David Wirth, bis vor kurzem Mitarbeiter des US-Außenministeriums, in der amerikanischen Zeitschrift „Foreign Policy“, könnten zu regionalen Kriegen um Wasser- und Landressourcen führen. „Das weltpolitische Gleichgewicht“, so Wirth, „würde in unvorhersehbarer Weise destabilisiert.“

Doch zugleich müssen alle Entwicklungsländer auf ungehemmtes Wirtschaftswachstum setzen, um das Massenelend und die Überschuldung einzudämmen. Deshalb wird das globale Treibhaus selbst dann weiter angeheizt, wenn es den wohlhabenden Nationen gelänge, ihre Emissionen zurückzuschrauben.

Der lange verdrängte Nord-Süd-Konflikt bekommt damit eine ganz neue Wendung. Der Wohlstand läßt sich nicht mehr durch den gewinnbringenden Handel mit bereits veralteten Anlagen und Produkten absichern. Wenn die Industrieländer die Klimakrise ernst nehmen, dürften sie zum eigenen Schutz fortan lediglich modernste, schadstoffmindernde und energiesparende Technologien in die Dritte Welt exportieren – und das auch noch häufig zum Nulltarif.

„Wir brauchen“, fordert Unep-Chef Tolba, „einen umfassenden Transfer von Ressourcen aus den industrialisierten in die armen Länder.“ „Eigentlich müßten wir unser gesamtes Know-how gratis zur Verfügung stellen“, sagt auch der Neuseeländer Kenneth Piddington, Umweltdirektor der Weltbank in Washington.

Brasiliens Regierung, wegen des Raubbaus an den Amazonas-Regenwäldern im Kreuzfeuer der Kritik, forderte im März beim Umweltgipfel in Den Haag die Einrichtung eines Fonds bei den Vereinten Nationen, aus dem die Umwelt-Entwicklungshilfe finanziert werden könnte.



SPIEGEL-Titel 33/1986
„Entscheidung in den neunziger Jahren“



SPIEGEL-Titel 49/1987
Gasinvasion ohne Ende

Würde jedes Land, so der Vorschlag, für jede Tonne seiner Kohlendioxid-Emissionen jährlich 100 Dollar entrichten, wären damit schon im ersten Jahr die gesamten Auslandsschulden der Dritten Welt sowie Klimaschutzkosten im Umfang von 150 Milliarden Dollar zu bezahlen. So groß sei der globale CO₂-Ausstoß, berechneten die Brasilianer, daß sie trotz ihrer brennenden Wälder nur 0,9 Prozent zur Fondssumme beisteuern müßten.

Wie weit solche Ideen noch von der politischen Durchsetzung entfernt sind, erweist sich beim Versuch, die Herstellung von FCKW möglichst rasch zu stoppen. Zwar einigten sich die westlichen Hauptproduktionsländer mittlerweile darauf, spätestens bis zum Jahr 2000 auf die ozonzerstörenden und klimagefährdenden Gase zu verzichten. Aber Indien und China wollen sich dem Beschluß bisher nicht anschließen, weil

sie eben erst begonnen haben, FCKW-Kühlanlagen in großer Zahl zu bauen.

„Wir haben diese Technologie erst vor wenigen Jahren im Westen eingekauft“, erklärt der chinesische IPCC-Unterhändler Zou Jingmeng, „wenn wir sie nicht verwenden sollen, müssen wir Ersatz bekommen.“ Die Chemie-Multis, die sich derzeit ein hartes Wettrennen um profitträchtige FCKW-Alternativen liefern, fühlen sich dafür allerdings nicht zuständig. Für kostenlose Lizenzen und Transfers „sehe ich wenig Chancen“, sagt Franz Nader, Umweltsprecher des bundesdeutschen Verbandes der Chemischen Industrie, „da muß schon der Staat einspringen“.

Doch als die Dritte Welt, angeführt von den Chinesen, bei der letzten internationalen Ozonschutz-Konferenz im Mai in Helsinki einen Klimafonds für Ersatztechnologien forderte, wehrte der britische Umweltminister Nicholas Ridley im Namen der reichen Länder das Ansinnen als „viel zu simpel“ ab. Mit der Frage, wie denn ein solcher Fonds verwaltet und kontrolliert werden solle, schürte er die Furcht vor einer neuen ineffizienten, möglicherweise sogar korrupten bürokratischen Organisation. Lediglich Norwegen, Finnland und die Niederlande boten großzügig an, einen Anteil ihres Bruttosozialprodukts bereitzustellen.

Die Regierungen der anderen Industriestaaten verwiesen auf schon bestehende Institutionen wie die von ihnen beherrschte Weltbank. Das aber lehnen die Entwicklungsländer ab, weil sie nicht bereit sind, sich ein weiteres Mal den harten Konditionen der westlichen Geldgeber zu unterwerfen.

Andererseits dürfte es wohl viel zu lange dauern, bis eine von allen Seiten akzeptierte Superbehörde gegründet wäre. Und entscheidende Jahre würden vergehen, bis sich die Länder endlich geeinigt hätten, nach welchen Kriterien das Geld verteilt werden soll.

„So oder so“, kommentiert der niederländische Regierungsfachmann für Klimafragen Pier Vellinga die Auseinandersetzungen, „die notwendigen Programme haben mit traditioneller Entwicklungshilfe nichts mehr gemein.“

Die Querelen, welche die vergleichsweise einfache Lösung des FCKW-Problems verhindern, lassen erahnen, welche ungeheuren Schwierigkeiten auf die Staatengemeinschaft zukommen, wenn im Rahmen einer umfassenden Klimakonvention eine „globale Umverteilung“ (so CDU-Politiker Schmidbauer) einsetzen muß. Dann müßte Kapital wohl nicht nur von Nord nach Süd, sondern auch von West nach Ost fließen.

Denn den Staaten des Warschauer Paktes fehlt jeder wirtschaftliche Spielraum für die notwendigen Klimaschutz-Investitionen. Ob kommunistische oder künftige demokratisch gewählte Ostregierungen – beide müssen die Herstellung von energiefressenden Massenkon-

sumgütern stark forcieren, um an der Macht zu bleiben.

Während in Los Angeles und Göteborg die Verbannung des Automobils aus dem Stadtbereich bereits ernsthaft geplant wird, sehnen sich die Sowjetbürger mehr denn je nach dem Einstieg in die Autogesellschaft. Derzeit liegt die Motorisierung noch auf dem Niveau der Bundesrepublik im Jahr 1958.

„Wenn jetzt die Fesseln der Planwirtschaft fallen“, sagt Professor Lee Schipper, Spezialist für die Weltenergiewirtschaft am Lawrence Laboratory im kalifornischen Berkeley, „könnte ein sowjetisches Wirtschaftswunder das schnell ändern.“ Schon verhandeln Konzerne wie Mitsubishi und Daimler-Benz über den Bau großer Automobilfabriken im Osten, auch US-Firmen rechnen sich gute Chancen aus.

Peace-Corps-Initiative für die Dritte Welt könne nun, so Socolow, ein Korps von Umweltberatern ausschwärmen, das amerikanische Umwelttechnologie auf allen Kontinenten verbreiten helfe.

„Die Vorstellung, die nationale Souveränität sei gewahrt, wenn die nationalen Grenzen verteidigt werden können, ist hinfällig“, meint auch Jessica Mathews, die in den späten siebziger Jahren dem Nationalen Sicherheitsrat im Weißen Haus angehörte. Erforderlich seien, so Mathews, „soziale und institutionelle Erneuerungen von einer Größe und Weitsicht, die mit der Neuorientierung nach dem Zweiten Weltkrieg vergleichbar sind“.

So wie damals aus Gründen der nationalen Sicherheit die Außen- und Verteidigungspolitik auf den Kampf gegen den Kommunismus eingeschwenkt wurde,

ISRAEL

Warmes Herz, kalte Füße

Ministerpräsident Schamirs Friedensplan hat kaum noch Chancen. Die Arbeitspartei drohte mit Auszug aus der Regierung.

Die Intifada, 19 Monate alt, schien die Kontrahenten allmählich müde gemacht zu haben. In die Durchhalteparolen mischten sich Anzeichen von Mattigkeit:

Zwar gaben sich die Palästinenser weiterhin siegesgewiß, aber sie vermißten die politischen Früchte ihres Kampfes. PLO-Chef Jassir Arafat: „Wir sind der Gewalt müde.“ Zwar befüworteten nach wie vor drei Viertel der Israelis härtere Maßnahmen gegen den Aufstand, doch glaubten nur wenige an den dauerhaften Erfolg rein militärischer Aktionen.

Solche Zweifel nährten bei den Pragmatikern auf beiden Seiten die vorsichtige Bereitschaft zu verhandeln – bis der blutigste Terroranschlag seit elf Jahren das Friedenspflänzchen wieder zerstörte.

Einen Tag bevor ein arabischer Fanatiker einen israelischen Linienbus auf dem Weg von Tel Aviv nach Jerusalem gewaltsam in eine Schlucht lenkte und dabei 14 Passagiere tötete, hatte Ministerpräsident Jizchak Schamir dem Zentralkomitee des rechten Likud-Blocks seinen Friedensplan zur Billigung vorgelegt: freie, demokratische Wahlen für die 1,6 Millionen Araber der besetzten Gebiete; danach Gespräche über eine palästinensische Autonomie; und nach drei Jahren Selbstverwaltung Verhandlungen über den endgültigen Status des Westjordanlandes und des Gazastreifens.

„Ein befruchtetes Ei“, lobten US-Diplomaten die Initiative, die kunstvoll vieles verhielt und alles offenließ.

Doch der Plan, der schon im Mai vom Kabinett gebilligt und mit solider Mehrheit vom Parlament bestätigt worden war, forderte Schamirs rechte Rivalen heraus. Drei führende Likud-Minister schlossen sich zu einer „Koalition der Ambitionen“ zusammen, um den angeblichen „Ausverkauf der Heimat“ zu verhindern: Industrieminister Ariel Scharon (der gern selbst das Amt des Regierungschefs übernehme), Wirtschaftsminister Jizchak Modai und Vize-Premier David Levi.

Das Trio verlangte, den Friedensplan mit vier „Chischukim“ (Bremsen) zu versehen:

- ▷ keine Wahlen vor Ende der Intifada;
- ▷ keine Beteiligung der 135 000 arabischen Bewohner Ostjerusalems an Wahlen in den besetzten Gebieten;
- ▷ keine „fremde“ Herrschaft im Westjordanland und dem Gazastreifen (also kein palästinensischer Staat als Verhandlungsergebnis);



International Herald Tribune

Doch die sich anbahnende Öffnung des Ostens, vom Westen seit Jahrzehnten gefordert, stellt angesichts des Klimadilemmas das bisherige Verständnis von nationaler Sicherheit auf den Kopf: Weil der geschundene Planet jetzt zur größten Bedrohung wird, könnten sich die Nato-Staaten bald gezwungen sehen, ihrem einstigen Hauptfeind zu einer umweltverträglichen Wirtschaft zu verhelfen. Nirgendwo sonst, das ergeben zahlreiche Analysen, könnten gezielte Investitionen schneller und mehr Kohlendioxid-Emissionen einsparen als im Ostblock.

Die Debatte über solche Fragen hat in den Vereinigten Staaten bereits eingesetzt. Die USA sollten doch „der Welt ein neues Programm anbieten“, schlug Princeton-Professor Socolow Ende Juni dem ausgewählten Publikum in Washingtons Georgetown University vor. Nach der Marshallplan-Hilfe für das vom Krieg zerstörte Europa und der

de, argumentiert das Washingtoner Worldwatch Institute, müßten nun, ebenfalls zum Schutz des Landes, das Wettrüsten beendet und die freiwerdenden Mittel in die ökologische Stabilität des Planeten investiert werden.

Anders wäre eine Finanzierung auch gar nicht denkbar. Nach Schätzungen des Worldwatch-Teams würde es die Welt bis zur Jahrtausendwende rund 770 Milliarden Dollar (1,4 Billionen Mark) kosten, den Trend zur Zerstörung umzukehren – eine Summe, die ungefähr den weltweiten Militärausgaben eines Jahres entspricht.

Eine Prognose, ob sich diese Einsichten noch rechtzeitig durchsetzen werden, wagen auch die Weltbeobachter in Washington nicht. „Zur Zeit“, so Worldwatch-Mitarbeiter Christopher Flavin, „gleich das Unternehmen Menschheit noch einem Ozeandampfer, der mit einem Paddel auf neuen Kurs gebracht werden muß.“